

November 2011

Volksvorschlag Energiegesetz

Herr Ratspräsident
Frau Energiedirektorin
Werte Ratskolleginnen und Ratskollegen

Wir von der SP-JUSO-PSA-Fraktion unterstützen den Antrag der Regierung auf Ablehnung des Volksvorschlags. Wir stehen noch immer überzeugt hinter dem neuen kantonalen Energiegesetz, auch wenn dieses aus unserer Sicht bereits einen Kompromiss darstellt. Ursprünglich waren im Gesetz noch eine Sanierungspflicht, eine Lenkungsabgabe sowie ein echtes GEAK-Obligatorium für alle Gebäude vorgesehen.

Wir haben viele Stunden in der Kommission und im Grossen Rat ziel- und sachorientiert diskutiert bis wir zu unserem neuen Energiegesetz gekommen sind. Dieses wurde im Grossen Rat in der vergangenen Märzsession mit einer deutlichen Mehrheit angenommen, und zwar mit 81 zu 63 Stimmen. Hinter diesem Gesetz sollten wir hier im Grossen Rat auch heute noch stehen. Denn das neue Energiegesetz bringt Fortschritte für den Klimaschutz, unterstützt unsere KMUs und schafft dezentrale Arbeitsplätze in unserem Kanton.

Wir teilen die Auffassung der Regierung, dass der Volksvorschlag der Stimmbevölkerung mit der Empfehlung auf **Ablehnung** unterbreitet wird.

Dies aus folgenden Gründen:

Der Hausbesitzer bzw. die Hausbesitzerin sowie die Mieterinnen und Mieter profitieren vom GEAK-Teil-Obligatorium für alle Gebäude vor 1990: Nur wer das nötige Wissen über die energetische Qualität seines Hauses hat, kann richtig handeln und weiss, wo bzw. wie das Gebäude optimal saniert werden kann. Und die Sanierungen, die dadurch ausgelöst werden, kommen direkt der Wirtschaft und der Umwelt sowie auch dem eigenen Portemonnaie zugute: Mit jedem sanierten Gebäude sinkt der CO₂-Ausstoss sowie der Energieverbrauch und dank den Aufträgen steigt die lokale Wertschöpfung.

Für den Mieter oder die Mieterin wird zudem Transparenz geschaffen. Denn immer mehr Mieterinnen und Mieter sind sehr interessiert, wie es um das Haus, in dem sie wohnen, energetisch aussieht. Vor allem auch deshalb, weil sie damit abschätzen können, wie hoch die Energiekosten etwa anfallen werden, wenn sie etwas Neues mieten möchten.

Ich bin schon etwas verblüfft, dass sich ausgerechnet ein grosse Teil der bürgerlichen Kreise nicht für das Gewerbe und die KMU einsetzen wollen. Denn sie werden vor allem die Gewinner sein, wenn der GEAK mehr Wirkung erzielt dank dem Teil-Obligatorium und somit mehr sinnvolle Sanierungen auslösen kann.

Noch als viel entscheidender erachten wir jedoch die Beibehaltung der befristeten Förderabgabe. Das ist ein Kernstück des Energiegesetzes. Bei dieser Frage wird entschieden, ob wir auch bereit sind echte Anreize für mehr Effizienz und für erneuerbare Energien zu schaffen und dafür auch Gelder einzusetzen.

Damit wird letztlich entschieden, ob wir als kantonale Politikerinnen und Politiker nicht einfach nur vom Klimaschutz, von Ökologie und Nachhaltigkeit reden, sondern den Worten auch Taten folgen lassen. Ich fände das nichts als ehrlich. Vor den Wahlen im Frühling haben die meisten Parteien und Grossratskandidatinnen und –kandidaten versichert, wie wichtig ihnen der Umweltschutz sei. Hier und heute können wir alle dafür den Tatbeweis erbringen.

Der Volksvorschlag bestreitet die Finanzhilfen in Artikel 60 nicht. Er will aber kein Geld dafür zur Verfügung stellen. Statt aus dem Energiefonds, der dank der Förderabgabe entsteht, sollten die Sanierungshilfen stattdessen mit allgemeinen Steuermitteln finanziert werden. Damit ist aber nicht sichergestellt, dass tatsächlich genügend Geld zur Verfügung steht um alle nötigen Gebäudesanierungen vorzunehmen.

Zudem hat eine Steuererhöhung hier im Grossen Rat kaum eine Chance – im Gegenteil. Es könnten also voraussichtlich bedeutend weniger Finanzhilfen ausbezahlt werden als mit der befristeten zweckgebundenen Förderabgabe. Dies bedeutet wiederum deutlich weniger Aufträge fürs Gewerbe.

Nächste Woche werden wir den Voranschlag 2011 sowie den Aufgaben- und Finanzplan 2012-2014 diskutieren. Ohne der Finanzdebatte hier vorzugreifen, doch ein paar Punkte, die gerade in Zusammenhang mit der Förderabgabe entscheidend sind: Wir konnten dem Voranschlag und dem AFP entnehmen, dass beispielsweise die bürgerliche Steuergesetzrevision 2011 zu Mindereinnahmen von **128,5 Millionen** bzw. ab 2012 zu Mindereinnahmen von **202,5 Millionen Franken** führt.

Die Annahme des Volksvorschlags zu den Motofahrzeugsteuern, der nach einer Kehrtwende der SVP von dieser unterstützt wird, hätte zusätzliche Mindererlöse von **rund 100 Millionen** jährlich zur Folge.

Und die Initiative zur Abschaffung der Handänderungssteuer des Hauseigentümerverbands, unterstützt von den Parteien SVP, BDP und FDP und den Wirtschaftsverbänden, hätte jährlich weitere **110 bis 120 Millionen** Mindereinnahmen zur Folge.

Zusammengefasst hätten all diese Steuersenkungen insgesamt über **400 Millionen Franken** Mindereinnahmen für den Kanton Bern zur Folge. Ist das verantwortungsbewusst und zukunftsgerichtet? Wo führt das hin? Zu Sparpaketen bei der Bildung oder im Gesundheitswesen? Oder eben zu fehlenden finanziellen Anreizen für die dringend nötigen Gebäudesanierungen?

Woher wollt ihr das Geld für die entscheidenden Finanzhilfen im Energiegesetz denn nehmen?

Zwei Punkte sind in Bezug auf die Förderabgabe wichtig zu betonen:

1. Es ist eine **befristete** Förderabgabe, und zwar auf 15 Jahre.
2. Unternehmen müssten maximal 1000 Franken pro Jahr zahlen. Gemäss einer Zusammenstellung der BVE müsste ein Coiffeursalons mit ca. 10 Mitarbeitenden 100 bis 200 Franken pro Jahr zahlen, eine Druckerei oder eine Schreinerei mit ca. 10 Mitarbeitenden 250 bis 500 Franken.

Private Haushalte müssten 25 bis 50 Franken pro Jahr zahlen. Das ist vertretbar. Die Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer wissen auch genau, was mit diesem Geld passiert: Es wird ausschliesslich für Finanzhilfen für energetisch wirkungsvolle Gebäudesanierungen und besonders energieeffiziente Gebäude eingesetzt.

Falls wir ernsthaft einen Beitrag an eine verantwortungsvolle Energie- und Klimapolitik leisten wollen, dann müssen wir der Förderabgabe und somit dem Antrag der Regierung zustimmen. Alles andere sind Lippenbekenntnisse. Wir von der SP/JUSO/PSA-Fraktion wollen mehr als nur Worte. Wir wollen Tatbeweise – und dies auch nach den Wahlen.